

Stellungnahme des Berliner Beirats für Familienfragen zur Entwurfsfassung einer „Strategie zur Bekämpfung von Kinderarmut und Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen in Berlin“

Mit dem Regierungsprogramm hatten die Koalitionsparteien sich 2011 eindeutig festgelegt: „Die Koalitionspartner werden gezielt Maßnahmen ergreifen, um die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen mit geringen Einkünften zu verbessern“. Bereits im Frühjahr 2013 waren dazu Arbeitsgruppen gegründet worden, in die eine umfangreiche Strategie, eine Ist-Analyse und Maßnahmenvorschläge erarbeitet sollten. Auch der Berliner Beirat für Familienfragen war in dieser Arbeitsphase beteiligt worden. Ziel war, spätestens 2015 eine im Senat abgestimmte Strategie vorzustellen und zum Einsatz kommen zu lassen. Der Berliner Beirat für Familienfragen begrüßt ausdrücklich seine frühzeitige Einbindung und die Möglichkeit der Mitarbeit an der Beschreibung armutsvermeidender Maßnahmen in mehreren Arbeitsgruppen.

Aktueller Entwicklungsstand ist unzureichend

Der Berliner Senat hat nun gegen Ende der Legislaturperiode eine Bestandaufnahme erstellt und Handlungserfordernisse als Strategie formuliert, die jedoch ausdrücklich nicht mit konkreten Maßnahmen und Projekten unterfüttert ist. Dem Berliner Beirat für Familienfragen bleibt unverständlich, weshalb fertig entwickelte Maßnahmenbeschreibungen nicht in einen ressortübergreifenden Abstimmungsprozess gegeben wurden und nun bei der Vorlage dieser Strategie fehlen. Im Vergleich mit anderen Kommunen, die bereits vor Jahrzehnten konkrete Schritte der Armutsbekämpfung unternommen haben, zeigt dieser Strategieentwurf deutliche Lücken was die Benennung messbarer Ziele angeht, die anhand konkreter Maßnahmen erreicht werden sollen.

Die im Strategieentwurf angelegte Einrichtung einer Geschäftsstelle und einer Lenkungsgruppe ist für den Berliner Beirat für Familienfragen nicht ausreichend strukturell verankert und ausformuliert. So fehlen eine Beschreibung des Auftrags und der Befugnisse, sowie zur Zusammenarbeit mit bezirklichen Strukturen und Aussagen zur Beteiligung der Fachakteure. Der Berliner Beirat für Familienfragen hält es für notwendig, zunächst die Strategie mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen, bevor neue Gremien etabliert werden.

Kindern und Familien passende Unterstützung bieten

Kostenneutralität ist für den Senat das oberste Gebot. Eine Strategie gegen Armut zu entwerfen, die nichts kosten darf – das erscheint dem Berliner Beirat für Familienfragen völlig unangemessen angesichts der Lage der betroffenen Familien. Dabei ist, wie die bereits

vorliegende Expertise des Beirats¹ zeigt, der Erhalt sozialer Netzwerke, der durch Familienbildungsangebote, familiengerechtes Wohnen und andere Strukturen gestärkt werden kann, für Familien, die in Armut leben, besonders wichtig. Eine passgenaue Infrastruktur, Beratungsangebote, Hortplätze und Familienbildung sind jedoch keineswegs kostenneutral ausbau- bzw. anbietbar.

Armutsbekämpfung nicht weiter verschieben!

Mit dem vorliegenden Strategiepapier hat die Koalition ihr vereinbartes Ziel nicht erreicht, Potenzial nicht genutzt und ist dem dringenden Handlungsbedarf nicht gerecht geworden. Aufgrund der zeitlich knappen Vorlage des Strategieentwurfs, ebenso wie der mangelnden Konkretisierung sieht sich der Berliner Beirat für Familienfragen nicht in der Lage, in der angegebenen Frist angemessen zu einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Für die Verdeutlichung seiner Standpunkte verweist er auf seine Expertise zur Kinder- und Familienarmut sowie auf den Berliner Familienbericht 2015, in denen konkrete Anregungen zur Armutsbekämpfung zu finden sind. Die Schlussfolgerung, politisches Handeln auf die kommende Legislatur zu verschieben, ist aus Sicht des Berliner Beirats für Familienfragen sehr zu bedauern.

¹ Expertise zu „Lebenslagen und Potenzialen armer Familien in Berlin“. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. im Auftrag des Berliner Beirats für Familienfragen. Berlin 2014